



DR. JOACHIM PFEIFFER
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 6.358 ☎ (07151) 9664002
☎ (030) 227-75213 ☎ (07151) 9664003
☎ (030) 227-76214 ✉ joachim.pfeiffer@wk.bundestag.de
✉ joachim.pfeiffer@bundestag.de

Erklärung Dr. Joachim Pfeiffer

In den 19 Jahren, die ich meinen Wahlkreis Waiblingen im Deutschen Bundestag vertrete, habe ich immer aufrecht und nach bestem Wissen und Gewissen politische Positionen vertreten, die zum Kern der CDU gehören. Dafür haben mich meine Wähler fünf Mal direkt in den Bundestag gewählt und ich konnte für den Wahlkreis und für Deutschland viel Positives bewirken.

Als wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich immer wieder klare marktwirtschaftliche Positionen vertreten, die in der heutigen politischen Stimmung nicht mehr mehrheitsfähig sind. Das mag zu Widerspruch geführt haben und auch unbequem gewesen sein. Dazu stehe ich, weil ich stets aus Überzeugung im Interesse meiner Wähler und Partei gehandelt habe.

Seit drei Wochen muss ich mich gegen eine Kampagne wehren, mit der mir von Teilen der Presse mit konstruierten Behauptungen unterstellt wird, ich hätte mein politisches Mandat mit unternehmerischen Aktivitäten neben dem Mandat in unrechtmäßiger Weise verknüpft. Diese sind falsch und wurden widerlegt. Gegen unwahre Behauptungen werde ich weiterhin juristisch vorgehen. Den Sachverhalt habe ich der Bundestagsverwaltung zur abschließenden Bewertung vorgelegt. Damit muss und kann ich umgehen.

Inzwischen ist aber eine neue Dimension erreicht. In einer für mich nie vorstellbaren Weise wurden meine verfassungsrechtlich geschützten Persönlichkeitsrechte und die meiner Vertragspartner mit höchster krimineller Energie verletzt. Das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI), das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie das Landeskriminalamt Baden-Württemberg sind eingeschaltet und ermitteln wegen krimineller Aktivitäten im Zusammenhang mit einem gezielten Hackerangriff. Eine Auseinandersetzung in dieser kriminellen Dimension ist für mich nicht mehr zumutbar.

Als Reaktion auf den unsäglichen Maskenskandal soll neben gesetzlichen Verschärfungen bei den Transparenzregeln in der CDU/CSU Bundestagsfraktion kurzfristig ein Verhaltenskodex beschlossen werden. Die Verschärfung der Transparenzregeln unterstütze ich; mit dem Verhaltenskodex werden jedoch unternehmerische Tätigkeiten neben dem Mandat für Führungspositionen in der Fraktion de facto ausgeschlossen. Damit wird das freie Mandat ausgehebelt. Unentgeltliche und entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat sind vom freien Mandat aus Artikel 38 GG ausdrücklich gedeckt und damit verfassungsrechtlich verankert und vorgesehen. Die damit einhergehende faktische Verbeamtung des Bundestagsmandates halte ich für falsch und kontraproduktiv. Durch meine entgeltlichen Tätigkeiten sah und sehe ich meine wirtschaftliche und damit meine politische Unabhängigkeit stets gestärkt. Das war mir immer wichtig.

Die unzumutbaren hochkriminellen Aktionen und die fraktionsinterne Beschränkung meiner Unabhängigkeit als Bundestagsabgeordneter bringen mich an eine Weggabelung. Daher werde ich schweren Herzens mein Amt als energie- und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion niederlegen. Bei der anstehenden Wahl zum Deutschen Bundestag im September diesen Jahres werde ich nicht erneut kandidieren. Die bereits erfolgte Nominierung im Wahlkreis werde ich zurückgeben. Ich bedanke mich sehr für das in mich gesetzte Vertrauen.

Berlin, 10. April 2021